

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

5.11.1930 (No. 258)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9549

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Sanierungsplan und die Länder Einnütziger Wille zur Mitarbeit

In der Dienstagtagung des Reichsrates wurde nach den bereits gemeldeten Reden des Reichszanklers, des Reichsfinanzministers und der Rede des Reichsarbeitsministers zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung die Öffentlichkeit wieder aufgehoben. In der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung begann die Generaldiskussion über die vorgelegten Gesetzentwürfe. Es sprachen die Ministerpräsidenten fast aller deutschen Länder. In der Aussprache kam der einmütige Wille zum Ausdruck, an dem großen Reformwerk mitzuarbeiten, wenn auch in Einzelheiten noch Bedenken vorgebracht wurden.

W.B. Berlin, 5. Nov. (Tel.). Die Beratungen der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates wurden heute unter Vorsitz des Reichszanklers Dr. Brüning fortgesetzt. Auf Vorschlag der Reichsregierung wurde einstimmig ein Arbeitsplan für die Bearbeitung des Wirtschafts- und Finanzplanes durch den Reichsrat beschlossen. Mit der sofortigen Einberufung der verschiedenen Ausschüsse ist bereits heute begonnen worden. Der Reichshaushaltsplan 1931 wird im Laufe der nächsten Woche beraten werden. Die Verabschiedung des gesamten Wirtschafts- und Finanzplanes ist für eine Vollziehung des Reichsrates am 20. November vorgesehen.

Reichsarbeitsminister Egebergwald

sprach gestern im Reichsrat noch im einzelnen über die Maßnahmen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiet. Daß man die Arbeitslosenversicherung vom Etat abhängig gemacht habe, sei an sich richtig. Sinnvoll sei nur die Frage, wie hoch die Summe sein solle, die für die Arbeitslosenunterstützung und für die Krisenunterstützung einzusetzen sei. Für 1931 rechne er mit 1 1/2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern, 900 000 Krisenunterstützten und 7-800 000 Wohlfahrtsunterstützten. Für diese wie für die Krisenunterstützten bestehe keine Gefahr. Eine Gefahr bestehe aber für die gemeindlich unterstützten Wohlfahrtsunterstützten. Die auf dem Gebiete der Wohnungspolitik in Aussicht genommene Änderungen seien nicht grundlegend. Die Frage sei lediglich, ob man wieder privates Kapital und zweite Hypotheken für den Wohnungsbau erhalte.

In der Lohnpolitik herrsche in Deutschland große Verwirrung. Man spreche von staatlicher Lohnsetzung, und von links her werde er, der Minister, sogar der „Lohnraubminister“ genannt. In einer Stunde, wo wir in Deutschland 3 1/2, bald vielleicht bis zu 4 Millionen Arbeitslose hätten, würde, wenn man die Lohnfrage dem freien Spiel der Kräfte überlasse, bald in diesen, bald in jenem Gewerbe ein großer Streik über eine große Ausperrung ausbrechen. Man stehe vor der Frage, ob alle seitherigen Löhne stabilisiert werden könnten. Er stehe auf dem Standpunkt, daß der Staat dafür in Deutschland zu schwach sei. Der Staat müßte ja sonst die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese Stabilisierung schaffen, und das müßte dazu führen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit noch sehr viel härtere Lohnsenkungen eintreten müßten. Wir hätten es ja in den letzten Jahren immer wieder erlebt, daß das, was zu spät erfolge, nachher in viel schärferer Form habe nachgeholt werden müssen. Die Reichsregierung stehe vor drei Möglichkeiten: 1. Stabilisierung der seitherigen Löhne, 2. freies Spiel der Kräfte, 3. mächtigendes und regulierendes Eingreifen der Regierung. Nur der letzte Weg könne begangen werden.

Waffenfunde in Österreich

In ganz Österreich fanden von Dienstag früh an unter harten Aufgebot von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie Hausdurchsuchungen nach Waffen und Munition beim Republikanischen Schutzbund, in den Räumen der sozialdemokratischen Partei, von Konsumvereinen, Arbeitersportverbänden und auch einzelnen Privatwohnungen statt. In Wien, Innsbruck und Graz wurden Waffen und Munition gefunden und folgendes beschlagnahmt: 4075 Gewehre, Stutzen und Karabiner, 20 Maschinengewehre, rund 360 000 Schuß Munition für Gewehre und Maschinengewehre, 56 Revolver verschiedener Modelle, 180 scharfe Handgranaten, 935 Spaten usw., sowie zahlreiche sonstige militärische Ausrüstungsgegenstände. Außerdem wurde eine vollständige, geheime Radioanlage sichergestellt. Die Waffenfunde ist in voller Ruhe und ohne Störungsversuche verlaufen.

Der Wahlterror in Polen

W.B. Warschau, 5. Nov. (Tel.). Mit Knütteln, Revolvern und Tränengasauswurf ausgerüstete Stütztruppen der Regierungspartei versuchten gestern abend mehrmals, den Bürgerklub zu stürmen, wo eine Wahlversammlung der Nationaldemokraten stattfand. Bei dem Handgemein gaben die Angreifer mehrere Schüsse ab. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Stütztrupp warf dann im Gebäude der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ Fenstersteinen ein, marschierte zum Haus einer rechtsstehenden Zeitung und schlug dort im Verwaltungsraum alles kurz und klein. Im Anschluß daran wurden im Parteilokal der Nationaldemokraten die Möbel zertrümmert und Bilder zerstört. Außerdem wurden hier alle Fenstersteinen eingeschlagen und das gesamte für die Wahlen vorbereitete Propagandamaterial auf die Straße geworfen.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ betont, daß sich die Polizei passiv verhalten habe, ja, als der Stütztrupp in das Parteilokal eindrang, sollen sich sogar die Polizisten ruhig mit einem Mann unterhalten haben, der dem Blatt als Leiter der „Aktion“ bezeichnet worden ist. Auch der rechtsstehende Kurier Warszawski spricht von einer abscheulichen Ausbeutung des Wahlterrors in der Hauptstadt, was den im Lande herrschenden Zuständen ein unerhört trauriges Zeugnis ausstellt.

Letzte Nachrichten

Der Termin für den Beginn der Gehaltskürzungen

Vorerst Stichtag 1. April

W.B. Berlin, 5. Nov. (Priv.-Tel.). Ein Berliner Mitteilungsblatt will wissen, daß die Reichsregierung die Absicht habe, die Gehaltskürzungen für die Beamten bereits am 1. Januar in Kraft treten zu lassen. Das Blatt bezieht sich auf eine Äußerung, die der Reichspostminister Dr. Schäfersel in der gestrigen Verwaltungsratsitzung der Reichspost gemacht haben soll. Der Minister soll darauf hingewiesen haben, daß die Reichsratsvorlage den 1. Januar vorsehe.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, enthält die Vorlage jedoch den 1. April als Stichtag. Das Kabinett hat auch keinerlei Beschluß über eine Vorverlegung gefaßt. Dagegen ist es nach Auffassung politischer Kreise allerdings immer noch möglich, daß während der Beratungen des Entwurfs Wänderungsanträge eingebracht werden, die den Zeitpunkt der Gehaltskürzung auf den 1. Januar vorderlegen. Im Augenblick steht darüber noch nichts fest.

Wahlen in Amerika

Große Erfolge der Demokraten und der Gegner der Prohibition

Am gestrigen Dienstag fanden in den Vereinigten Staaten bedeutungsvolle Wahlen statt. Neu gewählt wurde das ganze Repräsentantenhaus von 435 Mitgliedern; außerdem sollten 33 Senatoren für die nächsten sechs Jahre durch neue, in einigen Staaten für kürzere Fristen ersetzt werden. Ferner sind 29 staatliche Gouverneure durch die Wahlen neu zu befehlen, woran sich nach amerikanischem Brauch automatisch die Umbelegung zahlreicher anderer Staatsstellen schließen wird.

Das bisherige Ergebnis zeigt, daß die Demokraten große Erfolge errungen haben. In dem Ergebnis kommt ferner durch die Erfolge sog. „naßer Kandidaten“, die ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit gewählt wurden, eine starke Abneigung gegen die Prohibition zum Ausdruck.

W.B. New York, 5. Nov. (Tel.). Nach den um 3 Uhr morgens vorliegenden Ergebnissen haben die Republikaner 108, die Demokraten 141 Sitze im Repräsentantenhaus errungen. Es stehen noch 186 Ergebnisse aus. Obwohl die Sozialisten die größte Stimmzahl seit 1929 erhielten, ist keiner der vier Kongresskandidaten in New York gewählt worden.

Der Demokrat Roosevelt im Staat New York gewählt
W.B. New York, 4. Nov. (Tel.). Die republikanische Zeitung „Verand Tribune“ meldete um 7.50 Uhr abends, daß der demokratische Gouverneur des Staates New York, Roosevelt, mit großer Mehrheit wiedergewählt sei. Das Blatt gibt an, daß die Wahlen den Demokraten im Staate New York außerordentliche Gewinne gebracht haben.

Die demokratische Presse feiert Roosevelts Sieg mit einer Mehrheit von über einer halben Million als „Landesidee“. Tatsächlich erzielte Roosevelt eine Reformmehrheit. Roosevelts Erfolg mit einer Mehrheit von nahezu 1/2 Millionen Stimmen, die bisher in solchem Umfange nur bei Präsidentschaftswahlen in New York erzielt wurde, nämlich von den republikanischen Kandidaten Harding und Coolidge, läßt ihn in demokratischen Kreisen als aussichtsreichsten Kandidaten für die Wahlen des Jahres 1932 erscheinen. Auch in der republikanischen Presse wird mit dieser Möglichkeit gerechnet, da Roosevelt gegenwärtig offenbar der einzige demokratische Kandidat ist, der im Staate New York siegen könnte.

Gegen die Prohibition

W.B. New York, 5. Okt. (Tel.). Soweit die Ergebnisse aus dem Lande vorliegen, hat sich eine starke Mehrheit für die Aufhebung der staatlichen Prohibitionsgesetzgebung in Illinois, Massachusetts und Rhode Island ergeben. In Illinois unterlag die republikanische Senatskandidatin, die bekannte Millionärin Ruth Anna Mc. Cormick, gegenüber dem früheren langjährigen demokratischen Senator James Hamilton Lewis, der mehr als die doppelte Stimmzahl erhielt. In New Jersey siegte der republikanische Senatskandidat Morrow mit großer Mehrheit. In den Kongresswahlen kommt gleichfalls, abgesehen von den Südstaaten, die Abneigung gegen die Prohibition zum Ausdruck. Sogenannte naße Kandidaten wurden ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit wiedergewählt.

Die sich verhältnismäßig ergebenden Ergebnisse der in Illinois, Massachusetts und Rhode Island gleichzeitig mit den Wahlen veranstalteten Volksbefragungen bedeuten eine starke, wenn auch vorläufig nur theoretische Rundgebung für die Aufhebung der Prohibition.

Die Deutsche Volkspartei hinter Dr. Curtius. Über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag wird noch mitgeteilt: In der Aussprache wurde die außenpolitische Forderung von Reichsaussenminister Dr. Curtius bejaht und im einzelnen vertieft, so daß ein volles Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und dem Außenminister festgesetzt werden konnte.

Die Beisetzung des Prälaten Dr. Schofer

Eine überaus große Zahl von Leidtragenden, es mögen annähernd an die 5000 gewesen sein, hatte sich am gestrigen Dienstag aus dem ganzen Lande Baden und darüber hinaus auf dem schönen Freiburger Friedhof versammelt, um dem verstorbenen Prälaten Dr. Schofer, dem hervorragenden Priester und Staatsmann, die letzte Ehre zu erweisen. Ein Berg von Kränzen umgab den dunklen Sarg, der vor dem Tore der Einsegnungshalle aufgestellt war. Unter den Trauer Gästen befanden sich Staatspräsident Dr. Schmitt, Innenminister Wittenmann, Kultusminister Dr. Kemmel, Staatsrat Maier, Reichsinnenminister Dr. Wirth, die Reichstagsabgeordneten Diez und Dr. Köhler, Joos, Hoffmann, Ludwigshafen, Frau Tensch und dann, der ehemalige Justizminister Dr. Trunk, Altreichszankler Dr. Marx, der Generalsekretär der deutschen Zentrumspartei, Abg. Dr. Bodel, von der preussischen Zentrumsfraktion der Abg. Fink, als Vertreter der bayerischen Staatsregierung, Gesandter Dr. Kiffer, vom Landesvorstand der Bayerischen Volkspartei Generalsekretär Dr. Osterle. Die Landtagsfraktion des badischen Zentrums war vollzählig erschienen, ebenso mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten, Abordnungen sämtlicher badischer Landtagsfraktionen. Der frühere Kultusminister Dr. Keers und der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Dr. Glodner, waren ebenfalls erschienen. Von der württembergischen Zentrumspartei war Justizminister Dr. Waierle anwesend, das rheinische Zentrum war durch den Reichsrat Dr. Hammacher, Köln, vertreten. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahmen die Abg. Schöpflin, Dr. Matius und Maier, Freiburg, an der Beerdigung teil. Ebenso hatte sich eine große Anzahl von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden eingefunden.

Mit einem Choral des Münsterbläserchors wurde die Feier eröffnet, zu der das ganze Domkapitel unter Führung von Weihbischof Dr. Burger erschienen war. Die Einsegnung, eblit wurde durch den Erzbischof Dr. Fritz vorgenommen, der in einer ergreifenden Ansprache den Lebensgang des Verstorbenen schilderte und seine großen Verdienste um die Kirche, das Volk und Vaterland würdigte. Er kennzeichnete den Verstorbenen als einen Mann, der ein Katholik war und seinen Glauben zur Richtschnur seiner persönlichen Haltung und der verantwortungsvollen Tätigkeit in der Seelsorge und im öffentlichen Leben als Mitglied und Führer einer großen Partei, wie auch als Ermähler des Volkes im Parlament stets genommen hat, der selbstlos und opferbereit in unermüdlicher Arbeit das Werk betreute, dessen Gut und Förderung ihm anvertraut war.

Darauf nahm Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort, um namens der badischen Staatsregierung dem Verstorbenen einen Nachruf zu widmen. Er führte aus:

„Das badische Staatsministerium steht tief trauernd an der Bahre des hervorragenden Staatsmannes, des Staatsmannes, der uns zu rasch entziffen wurde, dessen Hinscheiden um so schmerzlicher ist, je größer die wirtschaftliche und die politische Not des deutschen Volkes geworden ist. Denn gerade heute brauchen wir Männer, die so selbstlos sind, wie er, die so kerndeutsch denken, wie er, und die uns zur Einigung, zur Einigkeit und zur Geschlossenheit nach außen und nach innen — kurz gesagt — zu unserm deutschen Staat hinführen. Jeder einzelne dieser Männer, der uns in dieser schweren Zeit genommen wird, ist Verlust für das Ganze, ist Verlust für das Staatsvolk.“

Das Wesen des Heimgegangenen war Dienst am Ganzen und Streben nach Einigung aller. Selbst sein Dienst an seiner Partei war ihm nur ein Mittel zum Dienst am Ganzen. Für den Dahingeschiedenen gab es auch in der Zeit nach der Umwälzung, wo alles schwante und erbebte, keinen verfassunglosen Zustand. Er holte die Staatsverfassung, bevor diese staatlich formuliert war, aus dem Naturrecht hervor, auf das er sich auch in der späteren Zeit so oft berief. Auch in der verfassunglosen Zeit war ihm das höchste natürliche Gebot: Ordnung im öffentlichen Leben, Sicherheit des einzelnen und des Volkes, Schutz des Eigentums, ruhige Arbeit, damit jeder Bürger sein Brot verdienen kann; für diese Ziele wanderte er von Gemeinde zu Gemeinde, nicht achtend der Lebensgefahren. Und als ein weiteres notwendiges Gebot erschien ihm, die Mitarbeit mit den andern; der Gebanke der Gemeinsamkeit der Arbeit aller beherrschte ihn; er wollte nicht untätig sein, nicht abseits stehen; positive Arbeit war sein Lebensdrang. Scheu vor Unpopularität trat nirgends zu Tage. Als der Großherzog den Beamten den geleisteten Eid frei gab und auf die Regierung verzichtete, da war der Verstorbene einer der ersten, die mithalfen an der Erwdählung der Nationalversammlung und an der Begründung einer neuen Verfassung. Das Land muß heute alle die Männer ehren, die ohne Scheu vor persönlichen Gefahren sich um das Zustandekommen der Verfassung verdient gemacht haben, und unter diesen steht der Dahingeschiedene in der ersten Linie. Baden hatte unter allen deutschen Ländern die erste Nationalversammlung und die erste Verfassung. Es galt damals rasch zu handeln, wenn das Land seine kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Güter retten wollte.

Der Heimgegangene war auch eine treue Stütze der republikanischen Verfassung. Er war von Natur aus Demokrat. Er stammte aus dem Volk, er arbeitete für das Volk, weil er

im Volke lebte, seinem Leben lauschte und die innere Seele des Volkes verstand wie kaum ein anderer. Ihm war der Staat nicht etwas Fremdartiges, sondern die Gesamtheit der Nächsten, die Gesamtheit der Staatsbürger. Staat und Volk waren ihm identisch und deswegen war sein Wunsch und sein Streben, alle möchten in diesem Volksstaat herein und sich mit dem Staat identifizieren.

Tief eingewurzelt war sein soziales Denken. Zahlreiche soziale Elemente der badischen Gesetzgebung seit 12 Jahren gingen auf seine Initiative zurück.

Bei aller Grundfähigkeit suchte er immer nach Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen der Stände, der Parteien, der Gruppen.

Die Ausgleichspolitik war für ihn die allein mögliche Politik und auf dieser Ausgleichspolitik beruht die Stabilität der badischen Politik seit 12 Jahren. Wenige Länder haben eine so ruhige Entwicklung erlebt wie Baden in den letzten 12 Jahren. Welches andere Land kann Mitglieder seiner Gesamtregierung aufweisen, die ununterbrochen seit der Staatsumwälzung im Amt sind! An dieser Gestaltung der Verhältnisse in Baden hat der Dahingeschiedene wesentlichen Anteil.

Wenn es ferner galt Länderrechte zu verteidigen, da kämpfte der Verstorbenen in der ersten Linie, weil er der festen Überzeugung war, daß die Existenz der Länder ein Eckstein ist auch für den Bestand des Reiches, eine Sicherheit für dessen republikanische Verfassung und eine Gewähr für ausgleichende Gerechtigkeit.

Seiner Arbeit für das Gesamtwohl opferte er alles auf, seine Gesundheit und sein Leben. Er starb mitten im Dienst für Volk und Vaterland. Deshalb dankt die badische Staatsregierung und mit ihr die weitläufig überwiegende Mehrheit des badischen Volkes diesem Staatsmann für seine Verdienste am badischen Staat, und legt als Zeichen der Trauer, des Dankes und der Verehrung diesen Kranz an seinem Grabe nieder.

Ruhe in Frieden!

Im Anschluß daran sprach

Landtagspräsident Duffner

folgenden Nachruf:

Wir stehen am Grabe eines Mannes, mit dem ein Stück badischer Geschichte ins Grab gesunken ist. Von ihm selbst ganz ungewollt auf die politische Bahn gedrängt, hat sie Dr. Schofer in mehr als 30jähriger Arbeit durchgemessen, nicht schwankend, tastend, unsicher, in gerader Linie stets weit vorausschauend, immer das Ende bedenkend, ist er im Weltkreis der Parteien den Weg der Mitte gegangen, rechnend mit dem nächsten Heute und dennoch von heißem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes befeuert. Wurzelnd im harten, rauhen Heimatboden unserer badischen Berge und dennoch voll Hingabe an das große deutsche Vaterland, zog er seine Straße, immer mit dem Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen im Herzen. Die Heimat, an der der „Seppel“ vom Bühlertal sich so innig freute, an der er mit allen Fasern seiner jungen Seele hing, die er so lieb hatte, die Heimat für die der Divisionssparrer sich im Weltkrieg einsetzte, wie jeder andere draußen im Graben bei den kämpfenden Kameraden, die Heimat, für die das nimmermüde Herz des Mannes, des Priesters und des Abgeordneten schlug und arbeitete — es brach dieses starke und doch so kindlich fromme Herz — diese Heimat wird noch oft nach dem Volksmann Schofer rufen. Große Aufgaben hatte er noch vor sich liegen. Wenige Stunden vor seinem Tode hat er mir noch jene Aufgaben gezeigt, die er als die vordringlichsten betrachtete und zum Teil schon in Angriff genommen hatte. Nun hat ihm der Tod die Arbeit aus der Hand gerissen, nun ist der Schreibtisch in seinem stillen Heim verwaist, die Feder, die so vollstündlich dem Volke Heimatgeschichte, Heimatliebe, Heimatgedanken und Heimattreue in vorbildlicher Weise zu vermitteln wußte, ist der milden Hand entfallen. Das sonst so blühende Auge ist erloschen, der beredte Mund stumm, der Platz im Kreise der Freunde ist leer. Ihnen bleibt sein Andenken. Aber über den Freundeskreis hinaus trauert auch der Badische Landtag und den heimgegangenen trauern Kollegen. Sein Andenken wird auch in den Kreisen, welche ihm politisch gegenständig gegenüberstanden, dessen bin ich sicher, ein freundliches sein, denn Dr. Schofer war auch als Politiker ein ehrlicher, zuverlässiger, ritterlicher und edler Mensch.

Wenige Tage noch und der Präsident des Landtags hätte bei dessen demnächstigen Zusammenritt dem verdienten Mitglied den Glückwunsch zu seiner 37jährigen Zugehörigkeit zum Landtag aussprechen dürfen. Gott hat es anders gewollt. Nun stehen wir bewegt an seinem Grabe und nehmen Abschied von ihm, der über den Namen der Partei hinaus, der er diente, dem Vaterlande mit ganzem Herzen gehörte, dem er auch unter den neuen Farben aufrichtig und treu ergeben war, denn Dr. Schofer war ein Patriot. Dieser Lorbeer, mit dem heimatischen badischen Farben geschmückt, den der Landtag dem

Badisches Landestheater

Die Bohème

Es ist zweifellos ein glücklicher Gedanke der Landesbühne, dieses beste Werk des italienischen Lieddichters Puccini wieder in den Spielplan aufzunehmen. Es geschieht zudem in einer Neuinszenierung, die sich durchweg auf achtunggebietender Höhe hält und den Faden des Geschehens durch die vier Bilder spannend aneinanderreißt. Natürlich gruppiert sich alles um Mimi, auch wenn sie nicht Titelheldin der Oper ist. Aber sie bleibt dennoch Mittelpunkt der Handlung von ihrem ersten Eintreten in Rudolfs Zimmer bis zu ihrem frühen Ende in dessen Bett. Wie sehr mit der Darstellung dieser Rolle alles steht und fällt, zeigt erneut *Esse Mant*, mag sie auch vorläufig noch mehr im Gesang als in der mimischen Gestaltung sich als souveräne Beherrscherin der Partie erweisen. Neben ihr ist als ebenbürtiger Partner *Wilhelm Rentwig* (Rudolf) hier längst bekannt und anerkannt. Die weit weniger interessanten Figuren der Freunde des Liebespaars suchen zum Teil erstmals die Herren *Hans Ritschl* (Schauvard), *Carlton Derner* (Marcel) und *Hoff Schöpflin* (Collin) — dieser mit besonders eindringlicher, feinkünstlerischer Auffassung — zu beleben. Einen minder starken Eindruck hinterließ zunächst *Lothar Ritschl* mit ihrer flackernden, reichlich glanzlosen Stimme als Muffette, befand sich aber wenigstens im letzten Bild darauf, daß es sich auch in Puccinis Partitur um melodische Gebilde handelt, die eben gesungen werden müssen.

Das Ganze ist unter der Regie von *Victor Kruscha* szenisch vorzüglich abgerundet und erstickt musikalisch, präzis und gestuft, unter der sicheren Stabführung von *Rudolf Schwarz*. An den einfachen, insolge der bitteren Wirtschaftsnöte meist aus Vorhandenem zusammengestellten Bühnenbildern von *Lorenz* steht zu loben, daß sie keinerlei Mängel aufweisen, sondern in der Tat einer vorzüglichen Wirklichkeit abgelauscht scheinen. Wie sehr im übrigen alle Mitwirkenden inniges Verständnis für die dichterischen Absichten der Autoren aufbrachten, bezeugte der ungewöhnlich starke, aber vollverdiente Erfolg des Abends. Er dürfte in der gleichen Besetzung auch weiterhin bei Wiederholungen dem Stück treu bleiben, selbst wenn nächst dem mit dem Tonfilm „Unter den Dächern von Paris“ eine unerwartete Konkurrenz auftreten sollte.

heimgegangenen Kollegen als letzten Gruß widmet, sei das Zeichen der Reinheit, der Ehrlichkeit, der Selbstlosigkeit, der Ritterlichkeit und Treue seines Wesens und Willens, die ihn auf allen seinen irdischen Wegen begleiteten, er sei auch ein Zeichen dafür, daß wir diese hohen Tugenden noch zu Lebzeiten des Verstorbenen anerkannt und geschätzt haben, er sei ein Zeichen dafür, daß wir sie auch an dem Toten zu ehren wissen.“

Dann schloß er eingehend der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags, Präsident Dr. Baumgartner, das politische Wirken des Volksmannes und Politikers Dr. Schofer. Den toten Staatsmann ehre nicht nur die eigene Partei, sondern weit darüber hinaus anerkennen die vielen Kundgebungen in der Presse, die Weilebsbezeugungen von allen Seiten, die großen und unsterblichen Verdienste des Heimgegangenen um Reich und Land, um Heimat und Volk. Auch der Gegner habe an Dr. Schofer seinen weiblühenden Geist, sein tiefes Gemüt, seinen starken, zielbewußten Willen und seine rastlose Pflichttreue anerkannt.

Der Vertreter der Reichstagsfraktion und der Reichszentrumsfraktion, Abg. Joos, feierte den Volksmann Dr. Schofer als treuen Helfer und immerwährenden Mahner zur Einheit des politischen, deutschen Katholizismus. Generalsekretär Dr. Scherle fand namens der Bayerischen Volkspartei herzliche Dankesworte für die gemeinsame Arbeit; Oberbürgermeister Dr. Wender brachte die Trauer der Stadt Freiburg zum Ausdruck, und würdigte ebenfalls die großen Verdienste des Verstorbenen um Volk und Staat. Namens der Heimatgemeinde des Bühlertal sprach der Bürgermeister von Bühlertal und legte einen Kranz aus Schwarzwaldtannen am Grabe nieder.

Unter den feierlichen Klängen eines Chorals des Bläserchors bewegte sich der unabsehbare Trauerzug zum Grabe, das sich neben dem des großen Zentrumsführers, Dr. Wader, befindet. Die große Teilnahme von Leidtragenden aus dem ganzen Lande und aus allen Schichten der Bevölkerung, war der beste Beweis für die große Verehrung, die der Verstorbenen genossen hat. Sein Name wird fortleben als das Beispiel eines Mannes, der Zeit seines Lebens nach dem Kernspruch gelebt hat, den er selbst seinem großen Vorgänger, Dr. Wader, widmete: „Treu gestanden auf seinem Posten, in Ehren ihn verlassen!“ Er ruhe in Frieden!

Aus dem Reichshaushalt

Reichsmittel zur Förderung des Weinbaues

Im Reichshaushaltsplan für 1931 finden sich auch Mittel in Höhe von über 1,6 Millionen Reichsmark zur Förderung des deutschen Weinbaues, vor allem zur Bekämpfung des Schädlingwesens. Diese Mittel sollen zur Umstellung des Weinbaues auf die amerikanische Unterlegrebe, sowie zur wissenschaftlichen Erforschung und praktischen Durchführung der Nebenarbeiten verwendet werden. Weiter ist vorgesehen, daß aus diesem Fonds auch Mittel entnommen werden, die der Bekämpfung des Schädlingwesens im Weinbau dienen sollen. Die Umstellung der namentlich in Baden vorhandenen Direktrebe (Hybride) auf amerikanische Unterlegrebe, läßt sich nur in einem Zeitraum von mehreren Jahren durchführen. Es ist eine Verteilung der aufgeworfenen Summe auf sechs Jahre in Aussicht genommen.

1 Million Reichsmark für den Erweiterungsbau des Reichstags

Im Reichshaushalt für 1931 ist eine Million für den Neubau der Reichstagsverwaltung eingeplant. In der Erläuterung wird betont, daß dieser Bau baldigst in Angriff genommen werden muß, um dem Raumangel der Bücherei in wirksamer Weise abzuhelfen. Ferner müssen noch Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sowie Arbeitszimmer für die Abgeordneten hergestellt werden. Das Bauprogramm ist vom Planungsausschuß des letzten Reichstages genehmigt. Außer den für den Neubau bereits erworbenen Grundstücken ist zur Durchführung des Bauprogramms noch ein weiterer Grundenerwerb, dessen Kosten auf rund 850 000 RM geschätzt werden, erforderlich. An Ausgabenresten steht aus früheren Jahren noch ein Betrag zur Verfügung, so daß für den Grundenerwerb rund 565 000 RM zu fordern bleiben, dazu tritt als erster Teilbetrag für den Bau selbst die Summe von 435 000 RM. Der Gesamtbetrag macht somit 1 Million Reichsmark aus.

Die Pension des Kapitän Ehrhardt

Vor dem Reichsgericht wurde am Dienstag der Prozeß um die Pensionsansprüche des als Führer im Kapp-Putsch bekannt gewordenen Kapitän Ehrhardt verhandelt. Wie erinnerlich, hatte der Reichswehrminister Ehrhardt mit Schreiben vom 12. August 1927 mitgeteilt, daß das Reich ihn für die durch den Kapp-Putsch entstandenen Schäden in Höhe von 6,3 Millionen Goldmark verantwortlich machen werde. Dem entsprechend sollte die Pension Ehrhardts einbehalten und gegen diese Forderung aufgerechnet werden. Das Kammergericht hatte jedoch eine Aufrechnung für unzulässig erachtet, weil die Forderungen des Reichs infolge verspäteter Geltendmachung bereits vermindert seien. Der erkennende Dritte Zivilsenat des Reichsgerichts kam jedoch am Dienstag noch nicht zu einer Entscheidung und setzte daher die Verkündung des Urteils auf den 2. Dezember d. J. fest.

Steuerhinterziehung bei Donnerstern

W.B. Kattowitz, 5. Nov. (Tel.) Bei der Graf v. Donnerstern'schen Hauptverwaltung in Tarnowitz wurden gestern umfangreiche Revisionen durch Polizeibeamte vorgenommen. Zahlreiche Akten wurden beschlagnahmt und dem Kattowitzer Finanzamt zugeführt. Angeblich soll es sich um Steuerhinterziehung handeln.

Die Schlichtungsstelle für die Berliner Metallindustrie. Die in der Berliner Metallindustrie zur endgültigen Regelung der Löhne von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle ist nunmehr gebildet worden. Außer dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit beiden Parteien den Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg und den Professor Dr. Singheimer in Frankfurt a. M. zu Mitgliedern ernannt. Die Genannten haben die Berufung angenommen. Die Schlichtungsstelle wird die Verhandlungen unter Vorsitz des Ministers a. D. Dr. Brauns alsbald aufnehmen. Das Schiedsgericht ist so zusammengestellt worden, daß Dr. Brauns als der neutrale Vorsitzende anzusehen ist, während Prof. Singheimer den Arbeitnehmern und Dr. Jarres den Arbeitgebern nahesteht. Es dürfte dem Vorsitzenden vor allem darauf ankommen, einen einstimmigen Spruch herbeizuführen.

Der neue deutsche Botschafter in London, Baron von Neurath, ist in der englischen Hauptstadt eingetroffen.

Im ostpreussischen Landvolksprozess wurden wegen schweren Aufruhrs Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten verhängt.

Aus den Ländern

Der Fall Franzen vor dem Braunschweigischen Landtag

Der Braunschweigische Landtag behandelte am Dienstag eine große Anfrage der Sozialdemokraten über die bekannte Angelegenheit des Ministers Dr. Franzen wegen dessen Verhaltens bei der Festnahme des Landwirts Guth in Berlin anlässlich der Vorgänge am 13. Oktober.

Minister Dr. Rüchenthal beantwortete die Frage, ob Dr. Franzen bereit sei, sein Amt niederzulegen oder sich wenigstens bis zur Entscheidung über das Strafverfahren aller Dienstgeschäfte zu enthalten, mit nein. Zur Frage, welche Folgerungen das Staatsministerium aus dem Verhalten Dr. Franzens zu ziehen gedente, erklärte Dr. Rüchenthal, daß nach der gerichtlichen Unteruchung des Falles das Staatsministerium Stellung nehmen werde, da es sich einseitigen Schweiigen auferlegen müsse, um nicht dem gerichtlichen Verfahren vorzugreifen.

Bei der Begründung der Anfrage kam es zu stürmischen Szenen. Abg. Dr. Jasper (Soz.) bezeichnete die Antwort des Ministers Rüchenthal als unbefriedigend. Jede Dienststelle würde in diesem Fall einen Beamten bis zur endgültigen Klärung seines Amtes entheben. Er beantragte einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Der Redarburchtisch bei Heilbronn. Der Finanzausschuß des Württembergischen Landtages stimmte einem Antrag zu, daß zur Linderung der Arbeitslosigkeit der Redarburchtisch bei Heilbronn, der einen Gesamtaufwand von acht Millionen Reichsmark erforderlich macht, so rasch wie möglich durchgeführt werden soll. An der Ausführung dieser Summe sollen das Reich, das Land Württemberg, die Amtskörperschaften Heilbronn und Redarburchtisch und die Stadt Heilbronn beteiligt werden. Die „Schwab. Tageszeitung“, das Organ des Württ. Bauernbundes, wendet sich gegen den Beschluß. Das ganze Unternehmen der Redarburchtisch sei ein Fehlschlag schlimmster Art. Seit 10 Jahren werden Millionen über Millionen im Redar von Mannheim bis Heilbronn verbaut mit dem Ergebnis, daß wenn der Kanal fertig sei, so wenig auf ihm zu befördern sein werde, daß nicht einmal die Kosten des Betriebs herausgewirtschaftet werden können. Nichtern denkende Verkehrsbeamte erklären, daß heutzutage ein Redaranal Unsinn sei.

Der Preussische Landtag erlebte am Dienstag die Aussprache über die deutschnationalen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen Innenminister Severing, über die am morgigen Donnerstag abgehandelt wird.

Orzefinski zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Staatsminister a. D. Orzefinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Jörgel, ist in den einwöchigen Ruhestand versetzt worden.

Beamte und radikale Parteien in Hamburg. Der hamburgische Senat hat einen Beschluß gefaßt, in dem er nachdrücklich die Beamten warnt, die SPD und die KSDAP zu unterstützen und zu fördern, da sie sich dadurch eines Dienstvergehens schuldig machen und ihre Treupflicht gegenüber dem Senat verletzen würden.

Im Hamburger Rhodogenprozess wurde das Urteil gefällt. Das Gericht teilte den ganzen Klagerkomplex in zwei Gruppen ein. Dem ersteren Teil wurden die gesamten Schadensersatzansprüche zugestanden, für die zweite Gruppe stellte das Gericht nur fest, daß der hamburgische Staat zum Ersatz des angerichteten Schadens verpflichtet sei. Das Urteil ist hinsichtlich der Kostenentscheidung der zweiten Gruppe gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 15 000 RM für vorläufig vollstreckbar erklärt worden.

Die Schwerindustrie zur Laß.

Der Langnamverein und die Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hielten in Düsseldorf eine außerordentliche stark besuchte Mitgliederversammlung ab, an der auch zahlreiche Vertreter der Behörden, darunter der preussische Handelsminister Dr. Schreiber, teilnahmen. Im Mittelpunkt der Beratung stand das Thema „Die deutsche Wirtschaftskrisis und die Möglichkeiten zu ihrer Behebung“. Alle Redner verlangten einen Abbau der Löhne und Gehälter.

Der Vorsitzende der Körperschaften, Dr.-Ing. Fritz Springorum (Dortmund), führte u. a. aus: Der deutsche Ausfuhrüberschuß, der in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 1 Milliarde erreicht hat, gaulert höchstens ein schönes Trugbild vor. In der volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Wirklichkeit ist dieser Ausfuhrüberschuß, wie wir alle wissen, Anzeichen der Hungerangst eines Landes, dessen Industriebornsteine tatsächlich größtenteils schon aufgehört haben zu rauchen und dessen Landwirtschaft durch Überproduktion und Absatzschwierigkeiten fast erbrüdt, nicht mehr aus noch ein weiß. Spät, aber hoffentlich nicht zu spät, bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es ein Trugbild war, zu glauben, schwerste Tributverpflichtungen könnten geleistet werden ohne starke Beschränkungen der Wänsche und Bedürfnisse ohne der breitesten Schichten des Volkes. Das unpopuläre Wort „Opferbringen“ gilt für alle Schichten und Stände unseres Volkes, für Stadt und Land, es gilt für uns Unternehmer so gut wie für den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten.

Wer noch nicht begriffen hat, daß wir uns in einer harten Selbstkostenkrise befinden, und daß uns nur eine Herabdrückung dieser Selbstkosten helfen kann, daß Arbeit nur durch vermehrte Arbeit beschafft werden kann, dem ist nicht zu helfen. Alle Vorschläge, die nicht rückwärts dieses Ziel verfolgen, verkennen den tatsächlichen Ernst unserer Lage. Auch die Gewerkschaften, auch der Staat muß den Mut zur Umkehr haben.

Wir alle wollen uns darüber klar sein, daß wir vor allem im Inneren Ordnung schaffen müssen, wenn wir jene schwerwiegende Frage demnächst auflösen können, die seit dem Versailler Diktat als Reparationsproblem die politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen wechselfel beeinflusst, und die für das deutsche Volk als Zwang zur Leistung von Kriegszulagen eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat und leider noch spielt.

Verstöße der Karstadt-WG. gegen das Lebensmittelgesetz

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde eine Betriebskontrolle der Fleischwarenfabrik Strud der Karstadt-Filiale in Giesmarode (Braunschweig) vorgenommen. Der Leiter der Fabrik wurde in Haft genommen. Ein zweiter leitender Beamter namens Hufemann, ein Mann in vorgeordneten Jahren, erlitt während der Betriebskontrolle einen Schlaganfall.

Die weiteren Vernehmungen haben den Verdacht der wiederholten Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz soweit verstärkt, daß der kaufmännische Direktor Reiche in Untersuchungshaft genommen wurde. Die beschlagnahmten Waren sind verboden und für den menschlichen Genuß unbrauchbar. Sie wurden durch die Polizei beschlagnahmt.

Rehler Hafenverkehr. Im Monat Oktober sind im Rehler Hafen 212 Schiffe mit 94199 Tonnen Ladung eingelaufen. Die meisten Schiffe an einem Tag sind am 13. Oktober eingelaufen, und zwar 16 mit 8440 Tonnen. Ausgelaufen sind in der gleichen Zeit — die leeren Kähne nicht gerechnet — 80 Schiffe mit 22546 Tonnen Ladung.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 27. Oktober bis 1. November 1930 auf 95,7 gegenüber 97,4 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 91,6 (94,0), Gruppe verarbeitende Industrie auf 84,7 (86,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 118,6 (119,8). Für den Durchschnitt des Monats Oktober 1930 ist der Index mit 95,8 gegenüber 102,3 im Durchschnitt September 1930 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 92,2 (98,7), Gruppe verarbeitende Industrie 84,4 (90,8) und Gruppe Handel und Verkehr 118,7 (125,3).

Konkurse und Vergleichsverfahren im Oktober 1930. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Oktober 1930 durch den Reichsanzeiger 843 neue Konkurse — ohne die wegen Massenmangel abgelehnten Anträge auf Konkurs-eröffnung — und 480 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für September 1930 stellten sich auf 769 bzw. 508.

Der Abbau der neuen eifässigen Kallilager. Die Anlegung der Förderfähige zum beabsichtigten Abbau der neuen Kallilager im Elsaß erfordert rund 100 Mill. Frs. Die neuen Kallilager befinden sich zwischen Oberhergheim und Neuenheim in zwei Schichten von 1,60 bzw. 4 Meter Mächtigkeit in einer Tiefe von 1170 bis 800 Meter. Außer dem Auffindungsphosphat hat in der letzten Zeit nur die 1925 begründete Soc. de Recherches Salines (Gruppe Vogt), welche der Kali Ste. Thérèse nahesteht, Kallischichten in 800 Meter Tiefe durchfahren.

Produktionseinschränkung in der Schweizer Aluminiumindustrie. Die Aluminiumindustrie AG. Neuhäuser (zu deren Konzern auch das badische Werk Rheinfelden gehört), hat im Neuhäuser Werk seit Wochenanfang eine Arbeitszeitbeschränkung auf vier Tage vorgenommen, um ein weiteres Anwachsen der großen Bestände zu vermeiden. Die Schweizer Rohaluminiumausfuhr ist in den ersten neun Monaten d. J. auf 18,53 Mill. Franken gegenüber 24,37 Mill. im Vorjahr zurückgegangen. Die deutschen Aluminiumwerke arbeiten bekanntlich seit längerer Zeit ebenfalls eingeschränkt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft

Heidelberg, 4. Nov. Zur Sache der Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H., deren Zusammenbruch so viel von sich reden machte, hören wir noch, daß die Prüfung der verworrenen Geschäftsverhältnisse durch die Sachverständigen immer noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Daher kann auch die Auflage gegen die beiden verhafteten Geschäftsführer, die wahrscheinlich auf Intreue lauten wird, nicht erhoben werden. Mit der Gerichtsverhandlung ist also frühestens im Frühjahr 1931 zu rechnen.

Mit dem in der Schweiz sich befindenden dritten Geschäftsführer Paul Müller werden jetzt Verhandlungen wegen einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter geführt. Diese Vernehmung soll bekanntlich in einem badischen Grenzort erfolgen. Gerüchte von Haftentlassung eines Geschäftsführers gegen Kaution sind unrichtig.

Heidelberg, 4. Nov. In der Aula der Handelshochschule Mannheim fand gestern vormittag die Immatrikulationsfeier für die neu immatrikulierten Studenten statt. Nach dem Einzug der Choren und Fahnenabordnungen der Korporationen begrüßte Rektor Prof. Dr. Ludwig die Anwesenden. Die bis jetzt neu immatrikulierten 58 Studenten und Studentinnen wurden durch Handschlag auf die Handelshochschulordnung verpflichtet. Die Zahl der Studierenden ist im Wintersemester bedeutend gestiegen.

Heidelberg, 3. Nov. Der in früheren Jahren an Allerheiligen immer außerordentlich starke Grenzverkehr nach Elsaß-Lothringen über die Rehler Rheinbrücke war in diesem Jahre fast mäßig zu nennen; jedoch sind zahlreiche Deutsche direkt mit dem Zuge bis nach Straßburg durchgefahren, was zur Entlastung des Brückenverkehrs wesentlich beitrug. Dank des Entgegenkommens der beiderseitigen Zoll- und Bahnhöfen wickelte sich der Verkehr hinüber und herüber schnell und reibungslos ab.

Auf die in Baden zugelassenen Berliner Note-Kreuz-Lose, Ziehung 11. bis 16. Oktober 1930, entfielen folgende Gewinne:

- 100 RM Nr. 206727.
- Je 50 RM 115409, 235315.
- Je 20 RM Nr. 67280, 95383, 386, 189018, 206822, 974, 235259.
- Je 10 RM Nr. 16891, 67068, 95147, 217, 393, 115440, 145928, 206692, 782.
- Je 6 RM Nr. 8558, 8900, 12, 54, 74, 16715, 884, 929, 69, 67012, 439, 66, 74, 97, 501, 48, 52, 95100, 223, 320, 413, 22, 23, 47, 54, 71, 500, 115018, 32, 146, 60, 70, 261, 392, 460, 145508, 53, 84, 606, 15, 69, 86, 69, 713, 837, 55, 925, 48, 57, 189127, 428, 95, 206622, 740, 69, 843, 928, 32, 225002, 183, 86, 94, 231, 330, 32, 76, 439, 63, 265502, 17, 42, 99, 727, 861, 953.
- Je 4 RM Nr. 8520, 57, 70, 91, 96, 604, 6, 22, 36, 39, 55, 58, 717, 27, 31, 92, 95, 839, 61, 72, 73, 79, 913, 15, 27, 29, 44, 49, 61, 66, 99, 16518, 24, 61, 613, 19, 44, 56, 81, 88, 705, 31, 53, 93, 828, 42, 57, 67, 89, 917, 21, 37, 41, 58, 62, 71, 85, 94, 67008, 19, 58, 83, 112, 14, 45, 46, 72, 213, 36, 41, 67455, 87, 92, 96, 507, 21, 70, 95009, 27, 50, 55, 69, 87, 92, 104, 51, 52, 53, 66, 70, 84, 213, 20, 21, 28, 47, 94, 301, 22, 406, 21, 51, 55, 115021, 26, 45, 129, 31, 55, 61, 77, 78, 86, 200, 42, 67, 302, 64, 67, 68, 69, 76, 77, 400, 115403, 56, 67, 74, 75, 81, 88, 145566, 76, 613, 35, 53, 54, 710, 49, 56, 84, 811, 17, 24, 41, 59, 67, 69, 905, 10, 189017, 20, 43, 87, 145, 57, 220, 54, 71, 85, 325, 53, 58, 59, 67, 76, 81, 405, 32, 46, 48, 49, 54, 56, 206605, 7, 28, 40, 704, 18, 26, 39, 76, 813, 98, 81, 905, 16, 17, 55, 66, 98, 235003, 45, 53, 58, 78, 95, 149, 50, 60, 67, 70, 90, 91, 213, 24, 33, 35, 49, 55, 58, 84, 301, 11, 33, 48, 53, 57, 64, 87, 97, 404, 6, 10, 28, 48, 52, 61, 77, 78, 88, 89, 95, 265501, 19, 55, 59, 84, 616, 62, 58, 718, 29, 42, 50, 810, 23, 32, 921, 35, 48. R. 683

Einführungsstelle für Baden:
R. Stürmer, Lotterie-Unternehmer, Mannheim O 7. 11.

Das Stoffbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe verteuert Mittwoch, 12. XI. 30, 8 Uhr beginnend, gegen Barzahlung im Gewerkschaftsgebäude Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Müppurrer Straße, alte Geräte, darunter Bänke, Tische, Stühle, Hobelbänke, Binden, Karren, Almetalle, Abfallholz.

Heidelberg, 4. Nov. Bei der ersten Immatrikulation an der Universität für das Wintersemester 1930/31 haben sich 678 Studierende eingeschrieben.

Heidelberg, 4. Nov. Durch den in der letzten Nacht stattgefundenen Brand, wodurch das Anwesen des Landwirts Gustav Eckert vollständig eingestürzt wurde, ist die kleine Gemeinde innerhalb 14 Tagen dreimal vom Brande heimgesucht worden. Von dem Landwirt Eckert konnten die sechs Kinder mit ihren Eltern und Wägden und Knechten fast nur das nackte Leben retten.

Staatsanzeiger

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden im Rechnungsjahre 1930 bis Ende September 1930.
 (Beträge in Tausend Reichsmark.)

	A. Ordentlicher Haushalt.	
	Jahresoll (Haus-haltsoll)	Ergebnis bis Ende September 1930
	1	2
I. Einnahmen:		
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	142 355	69 998
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 788	3 693
3. Sonstige Einnahmen:		
a) Zinsen	15 640	7 409
b) Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	22 897	10 844
c) übrige Landesverwaltung	51 980	16 552
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	239 655	108 491
II. Ausgaben:		
1. Zinsen	22 669	11 229
2. Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	88 687	44 139
3. Wohnungswesen	5 900	1 490
4. Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung	24 822	12 524
5. Sonstige Ausgaben	91 822	39 038
Abgaben insgesamt	239 850	108 395
Einnahmen insgesamt	239 655	108 491
Wahrschneidung	6 306	96

B. Außerordentlicher Haushalt.

	Haushalts-soll für 2 Jahre	
	1	2
I. Einnahmen:		
a) Finanzgesetz, Anleiheaufnahme für das Wohnungswesen	26 982	5 852
b) Rest- und Administrativkredite	5 852	—
Insgesamt	32 834	10 551
II. Ausgaben:		
1. Berichtigungswesen	885	164
2. Wohnungswesen	18 000	8 899
3. Sonstige Ausgaben der Höchstverwaltungen	19 554	3 775
4. Zuschüsse für Unternehmungen und Betriebe	195	264
5. Rest- und Administrativkredite	12 309	—
Abgaben insgesamt	50 943	13 102
Einnahmen insgesamt	32 834	10 551
Wahrschneidung	18 100	2 551

Ab-schl-ß.

A. Ordentlicher Haushalt.
 Mehreinnahme bis Ende September 1930 96
B. Außerordentlicher Haushalt.
 Mehrausgabe bis Ende September 1930 2 551
 *) Die Istergebnisse der Rest- und Administrativkredite sind unter den Ziffern 1—4 mitgehalten.

Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorläufige Berechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlussfolgerungen auf den Abschluß der Haushaltsrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1930.
 Der Minister der Finanzen.
 Dr. Schmitt.

XIII. Fortbildungslehrgang für Gemeinde-polizeiangehörige.

An die Herren Landeskommissäre und an die Bezirksämter
 Genügende Beteiligung vorausgesetzt, ist beabsichtigt, den XIII. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizeiangehörige an der Gendarmerieschule in Karlsruhe vom 2. bis 28. März 1931 stattfinden zu lassen. In das Unterrichtsgebiet ist neu Kraftfahrzeugwesen aufgenommen.
 Die in Betracht kommenden Städte und größeren Gemeinden wollen jetzt schon hierauf hingewiesen und die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Lehrgang durch die dortige Vermittlung bis spätestens 14. Februar 1931 hierher vorgelegt werden.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1930.
 Der Minister des Innern:
 J. Wittenmann.

Bekanntmachung Änderung der Ortsbezeichnung der Stadt-gemeinde Kleinlautenbach.

Das Staatsministerium hat unterm 23. Oktober 1930 Nr. 11 837 beschlossen, daß die Stadtgemeinde Kleinlautenbach mit Wirkung vom 1. November 1930 an den Namen „Lautenbach (Baden)“ zu führen hat.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1930.
 Der Minister des Innern:
 J. Wittenmann.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 31. Oktober 1930 im Lande Baden verzeichnet:

Maul- und Klauenkrankheiten:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lautenbach	Großrinderfeld
Weinheim	Weinheim, Gernsbach
	Schweineflecke und Schweinepest:
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Sulzfeld
Bruchsal	Helmheim, Tiefenbach
Heidelberg	Reimen
Karlsruhe	Söllingen
Lahr	Friesenheim
Mannheim	Mannheim, Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Ballstadt, Ebingen, Iffesheim, Neckarhausen, Pfaffstadt, Schriesheim, Schwetzingen
Mehrfach	Leibertingen, Rohrborf
Müllheim	Badenweiler, Marzell
Forzheim	Wauschlott
Lautenbach	Distelhausen
Weinheim	Gernsbach

Räude der Einfluß:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Kirchlag
Waldshut	Reheln, Mettenberg, Untermetzingen
Weinheim	Weinheim

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen Fortstabelleung

Versetzt:
 Förster Franz Kraß in Heiligkreuzsteinach nach Peterstal bei Heidelberg.

Zuruückgenommen:
 Die Versetzung des Försters Wager von Karlsruhe nach Peterstal.

Gestorben:
 Förster Emil Heger in St. Leon.

Im Kampf gegen die Rot. Dem Vorgehen der Bürgermeister und städtischen Beamtenschaft sich anschließend, erklärte sich das Stadtratskollegium Heidelberg in seiner überwiegenden Mehrheit bereit, einen erheblichen Teil der monatlichen Aufwandsentschädigung der Heidelberger Rotgemeinschaft überweisen zu lassen.



Stimmzettel

für die

Kommunalwahlen

liefert

G. BRAUN G. M. B. H.

DRUCKEREI UND VERLAG
 KARLSRUHE IN BADEN

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Forbach im Murgtal läßt die Ausübung der Jagd hiesiger Gemarkung links der Murg am Samstag, dem 8. November 1930, nachmittags 3 Uhr im Bürgerlaube (altes Schulhaus) auf die Dauer von 6 Jahren öffentlich in Pacht versteigern.
 Der Jagdbezirk links der Murg, in welchem Hochwäld vorhanden ist, umfaßt circa 814,35 ha Wald und 211,87 ha Acker, Wiesen und sonstiges Gelände.

Hierzu werden Liebhaber mit dem Anfügen eingeladen, daß als Bieter nur solche Personen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis des Bezirksamtes nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagdpasses Bedenken nicht bestehen.

Forbach, den 6. Oktober 1930.
 Gemeinderat:
 Fritsch.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
 DOSENHEIM A. D. NERSTEDT

LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

2000 schöne Kanad.-Bappel-Pflanzen

bis über 4 m hoch, hat bei Abnahme von groß. Quanten zum Preise von 35 Mk. pro Stück abzugeben. R. 688

Gebr. Stürmlinger, Mörsh (Baden).

Badisches Landestheater

Donnerstag, 6. Nov. 1930
 * D 7. (Donnerstagmiete)
 17. Gen. 1351—1500

Advokat Patelin

Schwan von Brueys und Palaprat
 Regie: Waumbach
 Mitwirkende:
 Frauendorfer, Mademacher, Guse, Graf, Göder, Kloeble, Mehner, Müller, v. d. Trend
 Hierauf:

Der Diener zweier Herren

Auffspiel von Goldoni
 Regie: Waumbach
 Mitwirkende:
 Bertram, Nyhoff, Mademacher, Brand, Gemmede, Herz, Juit, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, S. Kienfischer, Luther

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2
 Preise A 0,70—5 Mk

Fr. 7. 11. Die Nibelungen, I. u. II. Abtlg. Sa. 8. 11. Traufführung: Die Liebesprobe. Hierauf: Neu einstudiert: Josephslegende. So. 9. 11. Nachm. Die Jüdin-Abts. Die Wöheme. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Meine Schwester und ich. Mo. 10. 11. Die Nibelungen, I. und II. Abtlg.